



Rundbrief - März II - 2025

Liebe Mitglieder der DPG, liebe Leserinnen und Leser.

Immer wieder, wenn die Welt mit sich selbst und viele Staaten mit ihren eigenen Problemen beschäftigt sind, nutzt Israel die Gelegenheit aus und vollzieht sein Vorhaben in Gaza und in den besetzten Gebieten so schamlos und feige, dass die Weltöffentlichkeit wenig davon mitbekommt.

Waffenstillstand und Bruch des Abkommens

Die Welt atmete auf, als die erste Phase des Abkommens für eine Waffenruhe und einen Austausch von Geiseln und Gefangenen zwischen der Hamas und Israel verkündet wurde. Sechs Wochen lang herrschte eine relative Ruhe in Gaza. Viele der hin- und her vertriebenen Menschen im Gazastreifen suchten ihre zerstörten Ortschaften auf und hielten Ausschau nach ihren Angehörigen. Mitten im Fastenmonat Ramadan wurde die zweite Phase des Abkommens am 18.3.2025 erwartungsgemäß nicht mehr umgesetzt, da Israel sich sonst auf eine längere Zeit der Waffenruhe hätte einlassen müssen. Hierzu schreibt DER SPIEGEL: *„Nach zwei Monaten greift Israel wieder den Gazastreifen an und bricht damit die Waffenruhe. Die USA waren vorab informiert“.*

Sowohl für die Menschen in Gaza als auch für die Angehörigen der Geiseln war die israelische Entscheidung eine erneute Katastrophe. Nun befinden sich israelische Armeeeinheiten wieder im Gazastreifen, die die Menschen schon wieder zum Verlassen der eigenen Liegenschaften auffordern. Die aggressive israelische Kriegsführung hat an einem einzigen Tag zur Tötung von über 400 Menschen, unter denen 179 Kinder waren, geführt. Als Begründung teilte der Sprecher der israelischen Armee mit, es handelte sich um eine Ansammlung von Hamas-Kämpfern.

Netanjahu wurde von der protestierenden Zivilbevölkerung scharf kritisiert, zumal er seine eigenen Interessen über die des Staates gestellt habe. Die Rückkehr des faschistischen (Un-)Sicherheitsministers **Ben Gvir** ins Kabinett war **Netanjahu** wichtiger als die Befreiung der Geiseln und der Frieden. Israel hat jetzt den Krieg erneut eröffnet und will die Hamas, also auch die Zivilbevölkerung mit voller Härte treffen. Alles spricht dafür, dass Israel den Gazastreifen militärisch besetzen wird.

Palästinensische Flüchtlinge in der Westbank

Israel und den USA war es immer wichtig, das Flüchtlingsproblem ein für alle Mal zu beseitigen. Das verbriefte Rückkehrrecht für palästinensische Flüchtlinge, ihre Alimentierung und/oder Entschädigung wurden stets missachtet. Um das „Problem“ dennoch auf ihre Art und Weise endgültig lösen zu können, haben sie sich entschieden, es einfach zu beseitigen. Deshalb wurde die UNRWA als hierfür zuständige Organisation immer verdächtigt, „israelfeindlich“ und, selbst der UN-Generalsekretär, „antisemitisch“ zu sein. Die UNRWA und ihre Einrichtungen (Schulen, Kliniken, Beratungsstellen) sind in Israel und in der Westbank verboten worden. Zurzeit zerstören israelische Armeeeinheiten in den palästinensischen Städten Infrastrukturen und Flüchtlingslager, so in Jenin, Nablus und Tulkarem. Über 20.000 Menschen haben dadurch ihre Wohnungen verloren und sind erneut obdachlos geworden. Israel kann später behaupten, Flüchtlingslager gäbe es nur noch im Libanon, in Syrien und Jordanien.

Jordantal ist de facto bereits annektiert

Israel hat in mehreren Erlassen abschnittsweise Gebiete im Jordantal als Militärzonen, Naturschutzgebiete und weitere Flächen zur Bewirtschaftung und Bebauung durch jüdische Siedlungen bestimmt. Ziel der israelischen Regierung ist es, dass das fruchtbare Jordantal „araberfrei“ wird. Deshalb werden seit Jahren, und in der letzten Zeit vermehrt, Wasserleitungen der palästinensischen Landwirte zerstört, Bewässerungsanlagen beschädigt, Brunnen mit Mischbeton versiegelt, Plantagen gerodet und von jüdischen Siedlern übernommen. Beduinen und Hirten wird der Zutritt zu ihren traditionellen Weideplätzen verwehrt. Beobachter verzeichnen eine regelrechte, großangelegte ethnische Säuberung durch den Entzug von Lebens- und Existenzgrundlagen der palästinensischen Eigentümer im Jordantal. Diese Vorgehensweise bedeutet schon jetzt quasi eine Annexion des Jordantals bis an die Grenze zu Jordanien.

Gezielte Tötungen von Journalisten

Laut *Reporter ohne Grenzen* hat die israelische Armee seit Oktober 2023 mindestens 150 Journalisten und fast 40 von ihnen bei der Arbeit getötet. Das *Committee to Protect Journalists* (CPJ) konnte nachweisen, dass sie gezielt getötet wurden. Sämtliche Informationen über die Ereignisse im Gazakrieg sollten nur das israelische Narrativ darstellen. Noch am Samstag, dem 22.3.2025 vermerkte der in der arabischen Welt angesehene palästinensische Journalist **Hossam Shabat** (23) auf dem eigenen X-Account: „Ich dachte, es wäre vorbei und ich könnte mich endlich ausruhen. Aber der Völkermord ist wieder voll im Gange, und ich bin wieder an der Front.“ Zwei Tage später ist er tot. Die israelische Armee hat ihn am Montag durch einen gezielten Angriff getötet. Nur zwei Stunden vor seinem Tod hatte er noch über den Tod seines Kollegen **Mahammad Mansour**, der mit seiner Frau und dem gemeinsamen Kind ums Leben gekommen war, berichtet. Israel hat die gezielte Tötung mit der Begründung, er sei „Terrorist und Scharfschütze im Dienst der Hamas“, zugegeben.

Trump und Netanjahu sprechen mit einer Zunge

Sowohl Netanjahu als auch Trump machen alle Menschen im Gazastreifen für die Politik der Hamas verantwortlich. Aus diesem Grunde gilt, jede getötete Person in Gaza sei zwangsläufig ein getötetes Hamas-Mitglied. Diese Gleichsetzung ist nicht nur falsch, sondern auch irreführend, weil sie für die Rechtfertigung der bis jetzt über 50.000 Tötungen missbraucht und instrumentalisiert wird. Wenn Netanjahu daran festhält, dass er den Krieg solange fortführen will, bis die Hamas vollkommen zerschlagen ist, dann ist die Vernichtung bzw. Vertreibung der gesamten Bevölkerung in Gaza wohl das Ziel dieses Vergeltungskrieges. Nicht ohne Grund befürworten beinahe 80% der israelischen Bevölkerung Trumps irrsinnige Idee von einer „Riviera“ und sind der Meinung, dass es im Gazastreifen keine unschuldigen Zivilisten gebe.

Viele der Trump-Mitteilungen zur Nahostpolitik, bekannte Aussagen und Termini sind gar nicht seine eigene Erfindung. Schon lange vor Trumps Wahl haben Netanjahu und seine theokratischen Minister irrsinnige Gedanken gehegt und gepflegt, sie mehrfach benutzt und geprägt. Trump hat viele Begriffe, Ideen und Pläne israelischer Politiker einfach übernommen und öffentlich wirksam weltweit verkündet und bekannt gemacht. So droht er zum Beispiel der Hamas, die „Tore der Hölle“ würden geöffnet, wenn sie nicht alle Geiseln freilässt. Er übernimmt ebenfalls die israelische Idee der Vertreibung der Bevölkerung und die Vermarktung des Gazastreifens.

Israel möchte gemäß dem israelischen Nationalstaatsgesetz und auf Druck der religiösen und rechtsradikalen Minister **Ben Gvir** und **Smotrich** sich ganz Palästina einverleiben, aber ohne die palästinensische Bevölkerung. Die Vertreibung, sprich ethnische Säuberung, ist ein Programm der israelischen nationalistischen Politik. Auch Trump prüft die Umsiedlung von Palästinensern nach Jordanien und Ägypten, aber auch in den Sudan und nach Somalia. Und um diese Vertreibung voranzutreiben, hat Israel sogar eine eigene „Auswanderungs-Behörde“ für „ausreisewillige Palästinenser“ gegründet.

Jüdische Siedlergewalt – Oscar-Gewinner Hamdan Ballal fast gelyncht

Der palästinensische Filmemacher **Hamdan Ballal** ist von jüdischen Siedlern zusammengeschlagen worden und anschließend vom israelischen Militär festgenommen worden. Zahlreiche aggressive jüdische Siedler haben ihn und den Co-Regisseur des Filmes „**No Other Land**“ in Sussija in der Nähe von **Masafer Jatta** fast gelyncht. Er wurde verprügelt und dabei von hämisch lachenden jüdischen Männern gefilmt. Anschließend hat er auf einem Militärstützpunkt unter einer eiskalten Klimaanlage mit verbundenen Augen schlafen müssen. Auch Soldaten hätten, wie er später berichtet, über ihn gelästert und gelacht.

Diese Vorgehensweise der rechtsradikalen und aggressiven jüdischen Siedler ist mittlerweile überall zur gängigen Praxis der Einschüchterung und Demütigung der Palästinenser:Innen in der Westbank und in der Negev-Wüste geworden. Die stets anwesenden israelischen Soldaten haben nach israelischem Militärgesetz keine polizeiliche Funktion. Sie schützen lediglich die israelischen Staatsbürger und verhaften die Palästinenser:Innen.

Der symptomatische Fall, unter dem täglich viele Palästinenser:Innen leiden, wurde nur auf Grund der weltweiten Bekanntheit des Filmemachers weltweit bekannt gemacht und auch hier in Deutschland kommuniziert.

Friedrich Merz will Netanjahu einladen und missachtet damit das Völkerrecht

Bekanntlich liegt gegen den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu ein Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofes (IStGH) vor, den Deutschland als Mitglied des IStGH vollstrecken müsste. Dennoch hat der zukünftige Bundeskanzler Friedrich Merz ihn noch am Wahlabend nach Deutschland eingeladen. Ist das eine Einladung zur Verhaftung? Auf keinen Fall. Der „Jüdischen Allgemeinen“ hat er laut *dpa* vom 24.2.2025 dazu gesagt: „Unter meiner Führung wird der israelische Ministerpräsident unbehelligt nach Deutschland reisen können. Ich werde Mittel und Wege finden, das zu ermöglichen.“
<https://vm.tiktok.com/ZNdR41Hy6/>

Dazu hat der Unterzeichnende einen Leserbrief geschrieben, der gekürzt in der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ veröffentlicht wurde:

„Gerade gewählt stellt Friedrich Merz Israels Premier einen Deutschland-Besuch in Aussicht und verkündigt zugleich „Mittel und Wege“, um den Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofes gegen ihn zu umgehen. Weiß denn der zukünftige Bundeskanzler nicht, dass dieser Haftbefehl bindend ist und ganz dem in Deutschland geltenden Recht entspricht? Weder Netanjahu noch Deutschland können und dürfen sich über das Völkerrecht stellen. Die Bundesrepublik ist seit Gründung 2002 einer von 125 Unterzeichnerstaaten und muss seine Entscheidungen anerkennen und umsetzen. Sollte der Besuch tatsächlich stattfinden, würde sich Deutschland international noch mehr isolieren und unnötigerweise internationales Recht brechen. Trump lässt grüßen.“

Antisemitismusbeauftragter Felix Klein begrüßt die Vertreibung der Palästinenser aus Gaza

In einem Interview der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ lobte der Antisemitismusbeauftragte Felix Klein am 4.3.2025 den Trump-Vorschlag zur Evakuierung des Gazastreifens und fand die Idee durchaus diskussionswürdig. Das Innenministerium reagierte auf die ablehnenden Meinungen und ließ in einer Mitteilung verkünden, Klein habe als Privatperson gesprochen. Zudem sei er nicht weisungsgebunden.

Wie weit muss es kommen? Klein ist als Antisemitismusbeauftragter und nicht als Privatmann befragt worden. Auch hierzu hat der Verfasser dieses Rundbriefes einen Leserbrief bei der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ eingereicht, der prompt veröffentlicht wurde:

Gaza unter US-Verwaltung

Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung Felix Klein sollte sich um seine eigentliche Aufgabe kümmern, den Antisemitismus hier in Deutschland zu stoppen und zu bekämpfen. Die überwiegende Mehrheit der hier in Deutschland lebenden Palästinenser hegen keinen Antisemitismus, wenn sie zurecht die israelische Regierung und ihre

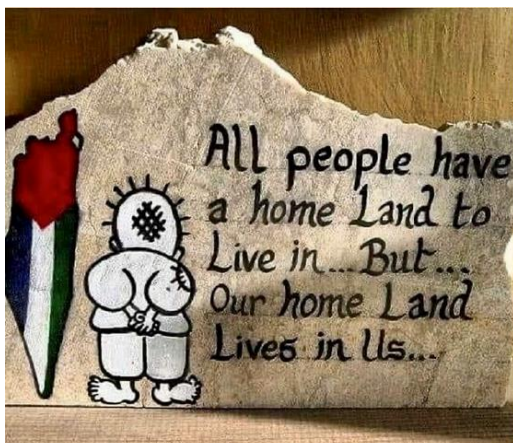
Militärregierung in den besetzten Gebieten kritisieren und verurteilen. Weder sie noch die hier lebenden Jüdinnen und Juden sind für die jeweilige Politik in Israel oder in Gaza verantwortlich. Dass Herr Klein das imperiale Ansinnen von Trump sogar lobt, die Bevölkerung aus Gaza zu evakuieren, prädestiniert ihn nicht zu einem geeigneten Nahost-Experten. Klein hat es nicht begriffen, dass Trump die dortige Bevölkerung für immer und auf Nimmerwiederkehr in benachbarte Länder vertreiben will, um dort eine Riviera für Immobilienmakler zu schaffen.

Das nennt man klipp und klar ethnische Säuberung

Nazih Musharbash, DPG-Präsident

Verschiedenes:

1- Ausstellung auf dem Evangelischen Kirchentag Hannover



"Home away from home – Stimmen aus der (palästinensischen) Diaspora" lautet der Titel der Ausstellung, die DPG-Vizepräsidentin Ursula Mindermann auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag (DEKT) in Hannover vom 30. April – 3. Mai 2025 in Halle 17 präsentiert.

Es ist eine der ganz wenigen Veranstaltungen, die sich mit Palästina beschäftigen, und verdient auch deshalb besondere Aufmerksamkeit. Hier ist die Ankündigung im Programm des DEKT:

"Ein internationales Fotoprojekt präsentiert Menschen, die eine neue Heimat finden mussten. In eindrücklichen Schwarzweiß-Porträts mit Zitaten werden Menschen vorgestellt, die einen sehr unterschiedlichen Blick haben auf das, was wir Heimat nennen." Es wird im Programm leider nicht erwähnt, dass es sich um Menschen handelt, die ihre Heimat Palästina verlassen mussten.

2- Großes Iftar-Essen in Bremen

Die Palästinensische Gemeinde hat für 700 Menschen auf dem Marktplatz in Bremen ein großes Iftar-Essen organisiert. Bewundernswert!

Großartig! Alles selbst gemacht.

3- Rede der „Jüdischen Stimme“

Wieland Hoban von der "Jüdischen Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost" hielt eine bewegende Rede.



Hier: https://youtu.be/cj4Q_LfG1AY?si=mA0Eizl4znPWErZ2

und hier: https://youtu.be/cj4Q_LfG1AY?si=mA0Eizl4znPWErZ2

4- DPG ZOOM - Veranstaltung

Zoom-Vortrag mit Dr. Arne Andersen

„Apartheid in Israel - Tabu in Deutschland - Die Vorstellungen Israels“

am Montag, 28.04.2025

um 19:30 Uhr

(Eine Anmeldung ist nicht erforderlich)

An Zoom-Meeting teilnehmen

<https://us02web.zoom.us/j/82069980767?pwd=x35c0UmhVi9ZRyHbgb7r2Ab1ybD8l9.1>

Meeting-ID: 820 6998 0767

Kenncode: 149386



Spende

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.

Kontoverbindung

IBAN: DE90 3706 0590 0000 3392 10

BIC: GENODED1SPK

Spende Zweck: Humanitäre und medizinische Hilfe in Gaza – Palästina

**Die Beendigung der israelischen Besatzung
ist der Schlüssel zum Frieden!**



الجمعية الألمانية الفلسطينية

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.

